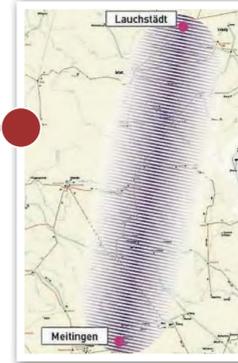


GLEICHSTROMPASSAGE: Um kein großes Infrastrukturprojekt wird derzeit in Deutschland so heftig gestritten, wie um die Stromautobahn von Lauchstädt nach Meitingen. Wer wusste wann was? Wer informierte wann wen? Bürger protestieren, und die Politik schiebt den Netzbetreibern den Schwarzen Peter zu. Aber wie ist es wirklich gelaufen? Eine Chronologie.

Die Auffahrt zur Stromautobahn



11. MÄRZ 2011
Bei der Nuklearkatastrophe von Fukushima kommt es zur Kernschmelze. Im Zuge des beschleunigten Atomausstieges wird immer öfter auch über das Thema Leitungsausbau gesprochen.



15. AUGUST 2012
Im Netzentwicklungsplan 2012 ist die Gleichstrompassage Süd-Ost noch als durchgehende Verbindung Mecklenburg-Vorpommern bis Meitingen bei Augsburg eingezeichnet. Ein Jahr später ist davon nur noch die Verbindung Lauchstädt - Meitingen übrig geblieben. Das wird ihr später den Vorwurf einbringen, eine Trasse für Braunkohlestrom zu sein.

GLOSSAR

Übertragungsnetzbetreiber:
In Deutschland gibt es die vier Übertragungsnetzbetreiber Amprion, 50Hertz, Tennet und TransnetBW. Sie sind zuständig für den Betrieb und den Ausbau des deutschen Hochspannungsnetzes.

Hochspannungs-Gleichstromübertragung (HGÜ):

Das deutsche Stromnetz ist ein Wechselstromnetz. Derzeit gibt es den Plan, vier große HGÜ-Leitungen von Nord nach Süd zu bauen. Mit der HGÜ-Technik lässt sich Strom relativ verlustfrei und gezielt über weite Strecken übertragen.
Nachteil: Es kann zwischendurch kein Strom eingespeist oder abgezapft werden. Der Schweizer Energiekonzern ABB hat allerdings Ende 2012 einen sogenannten Leistungsschalter vorgestellt, der es möglich macht, die Übertragung zu unterbrechen.

Netzentwicklungsplan:
Der Netzentwicklungsplan stellt den Ausbaubedarf des deutschen Stromnetzes dar. Er wird jedes Jahr fortgeschrieben. Grundlage dafür sind Berechnungen der Übertragungsnetzbetreiber. Die Zahlen werden von der Bundesnetzagentur überprüft. Sie holt sich externe Hilfe. Bisher waren es Wissenschaftler der RWTH Aachen und der TU Graz.

Bundesbedarfsplan:
Der im Netzentwicklungsplan als notwendig erachtete Leitungsausbau wird in Gesetzesform gegossen. Dazu beschließt der Deutsche Bundestag ein Bundesbedarfsplangesetz. Die Gleichstrompassage Süd-Ost ist im „Zweiten Gesetz über Maßnahmen zur Beschleunigung des Netzausbaus Elektrizitätsnetze“ vom 23. Juli 2013 festgeschrieben. Eine Erdverkabelung ist darin ausgeschlossen.

Bundesfachplanung:
In der Bundesfachplanung legt die Bundesnetzagentur den endgültigen Korridor für eine neue Stromtrasse fest. Grundlage der Bundesfachplanung sind Vorschläge der zuständigen Netzbetreiber über mögliche Trassenverläufe. Vorsitzender des Bundesfachplanungsausschusses ist Gerd von Laffert. Im bayerischen Wirtschaftsministerium ist von Laffert gleichzeitig für Energierecht und energiepolitische Grundsatzfragen zuständig.

Text: Moritz Kircher
Grafik: Julia Frankenberger
Fotos: dpa (3), Wittek (2), Münch (2), Trenz (1), Bundesnetzagentur (1)



ANFANG NOVEMBER 2013
Die Stadt Bayreuth spricht sich gegenüber Amprion gegen einen möglichen Trassenverlauf entlang der A9 bei Bayreuth aus.

8. NOVEMBER 2013
Der Kreisausschuss wird von Amprion über die Planungen informiert.

12. NOVEMBER 2013
Erste Sitzung einer internen Projektgruppe im Landratsamt. Amprion sagt eine Dienstbesprechung für Bürgermeister im Landkreis Bayreuth zu.

18. NOVEMBER 2013
Amprion informiert den Kreistag über die Trassenpläne.

19. DEZEMBER 2013
Der Landkreis Bayreuth meldet bei Amprion erste Bedenken an, dass die Trasse über Kreisgebiet schwer zu realisieren sei.

13. FEBRUAR 2014
Landrat Hermann Hübner schickt ein Schreiben an die Bundesnetzagentur, Amprion, Ministerpräsident Seehofer sowie an Abgeordnete des Landtages, Bundestages und Europaparlamentes. Darin meldet er Bedenken gegen die Trasse an.

14. FEBRUAR 2014
Bei einer Veranstaltung in Creußen sagt Christian von Hirschhausen vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung: Über die Trasse fließen bis zu 70 Prozent Kohlestrom.

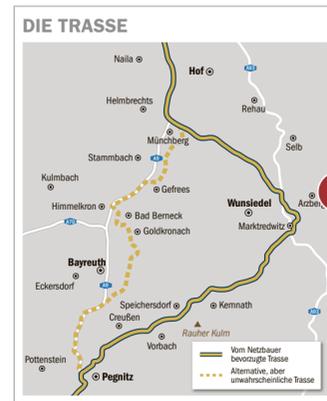


24. FEBRUAR 2014
Das bayerische Wirtschaftsministerium teilt auf Anfrage des Kuriers mit, Amprion werde den Antrag auf Bundesfachplanung „bis auf Weiteres“ nicht stellen. Das Antragsverfahren liegt erst einmal auf Eis. Am gleichen Tag findet eine Trassenkonferenz in Pegnitz statt.

ANFANG OKTOBER 2013
Der Übertragungsnetzbetreiber Amprion, der die Trasse auf bayerischer Seite bauen soll, startet seine Informationskampagne. Vorschläge für Trassenkorridore gibt es noch nicht.



23. JULI 2013
Das vom Deutschen Bundestag beschlossene Bundesbedarfsplangesetz, in der auch die Gleichstrompassage Süd-Ost festgeschrieben ist, tritt in Kraft. Erdverkabelung ist darin für die Gleichstrompassage explizit ausgeschlossen.



15. JANUAR 2014
Der Trassenverlauf mit dem Vorzugskorridor östlich von Bayreuth wird bekannt. Ab Münchberg soll die Trasse einen Schwenk über Marktredwitz machen und bei Pegnitz wieder an die A9 zurückführen.



5. FEBRUAR 2014
Erstmals gehen im Landkreis Bayreuth Bürger in einem Demonstrationzug gegen die Stromtrasse auf die Straße. Bei einem Marsch von Buchau nach Pegnitz nehmen 250 Menschen teil.



28. JANUAR 2014
Am Abend findet die erste von drei Bürgerinformations-Veranstaltungen in Kulmbach statt. Es kommt zu massiven Protesten gegen die Trasse. Es folgen weitere Veranstaltungen und weitere Proteste in Nürnberg und Donauwörth.

3. FEBRUAR 2014
Die Landkreise Bayreuth, Kulmbach, Hof und Wunsiedel vereinbaren ein abgestimmtes Vorgehen gegen die Trasse.

29. JANUAR 2014
Mit der Bürgerinitiative „Trassenwahn 17.01“ gründet sich im Kreis Neumarkt eine der größten Gruppierungen gegen die Gleichstrompassage mit derzeit 6500 Unterstützern. Mittlerweile haben sich in Bayern entlang des geplanten Trassenkorridors etliche Bürgerinitiativen gegen die Trasse gegründet.



7. MÄRZ 2014
Die bayerische Wirtschafts- und Energieministerin Ilse Aigner konkretisiert im Kurier-Interview: Bevor die Trassenplanung weitergeht, soll die EEG-Reform abgewartet werden. Diese soll im August abgeschlossen sein.

28. FEBRUAR 2014
Auch der Landkreis Kulmbach verabschiedet eine Resolution gegen die Gleichstrompassage.

4. MÄRZ 2014
Das Bundeswirtschaftsministerium veröffentlicht einen Entwurf zur Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG).